

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 529

Mittwoch, 06. März 2013

20. Jahrgang

Ein Jahr Widerstand in San Juan de Golfo: Rückblick und neue Entwicklungen

Bereits in den ¡Fijáte! 427 und zuletzt 513 haben wir über den Kampf der Gemeinden San Juan de Golfo gegen die Goldminen berichtet. Das Unternehmen Exploraciones Mineras de Guatemala S.A. (Exmingua gehörte früher der kanadischen Radius Gold und wurde nun an deren amerikanischen Partner Kappes, Cassidy & Associates (KCA) übernommen. Nun jährt sich die Blockade der Gemeindeglieder zum ersten Mal und wir möchten in einer Titelseite die neuesten Entwicklungen zusammenfassen. Bekannt wurde es durch den Anschlag auf Yolanda Oqueli, über den wir berichtet hatten. Die heutigen Quellen stammen aus der Guatemala-Menschenrechtskommission der USA, von PBI, die vor Ort sind, und verschiedene Artikel aus der nordamerikanischen und guatemalteckischen Presse.

8784 Stunden Widerstand

Guatemala Stadt, 28. Feb. (Alex Rojas, Prensa Libre) - Am nächsten Sonntag werden sich 3.000 Bewohner der Gemeinden San Pedro Ayampuc und San José del Golfo versammeln, um durch kulturelle und religiöse Aktivitäten den Jahrestag ihres Widerstandes und ihrer Demonstrationen zu feiern, mit denen sie die Zufahrt zum Minenprojekt „Progreso Derivada VII“, besser bekannt als La Puya oder Mine El Tambor, blockieren. Durch die Blockade verhindern sie, dass jemand auf das Gelände kommen und Vorbereitungen für die Exploration fortsetzen können. Die BewohnerInnen fordern von dem Unternehmen Exploraciones Mineras de Guatemala S.A. (Exmingua) das Projekt so lange auszusetzen, bis sie auch dafür eine endgültige Lizenz des Ministeriums für Energie und Bergbau erhalten. An dem Sonntag werden die BewohnerInnen um 7 Uhr ihre Feierlichkeiten mit einem Spaziergang vom Dorf San José del Golfo bis zu dem Areal des geplanten Minenprojektes beginnen. Es wird Theateraufführungen geben und religiöse Zeremonien, darunter eine Eucharistiefeier mit Bischof Álvaro Ramazzini und anderen geladenen Priestern. Für die Kinder wird es Piñatas, Spiel und Sport geben. Die Gemeindeleiter haben erklärt, dass der friedliche Widerstand zwar noch weiterhin notwendig sei, aber immerhin es vermocht habe, das Projekt in diesem ganzen Jahr zu stoppen. Dem Minenprojekt warfen sie vor, dass es zu Vergiftungen und Zerstörungen der natürlichen Ressourcen führen werde. Daher müsse es aufgegeben werden. Als nächste Aktion bereite die Gemeindeführung ein kommunales Plebiszit vor, um damit zusätzlich Druck aufzubauen, damit keine Lizenz zur Exploration ausgestellt werde.

Die Umweltaktivistin und Kolumnistin, Magali Rey Rosa schrieb unter dem Titel „8784 Stunden Widerstand“ über die Frauen und BewohnerInnen der Gemeinden San José del Golfo und San Pedro Ayampuc, die ihr Land und das ihrer Söhne und Töchter 24 Stunden pro Tag und 365 Tage lang friedlich verteidigen. Ihre Blockade diene dazu, jenen Konzern, der sich um ökologische Risiken und soziale Konflikte nicht schere, daran zu hindern, mit Hilfe der Regierung und legalen Tricks vollendete Tatsachen zu schaffen. Im Weiteren schreibt sie:

Inhalt

Ein Jahr Widerstand in San Juan de Golfo: Rückblick und neue Entwicklungen.....	1
8784 Stunden Widerstand.....	1
Kommentar Magali Rey Rosa	2
Dezember 2012: PBI zeigt Präsenz in La Puya.....	2
Umweltgutachten bestätigt die Befürchtungen der BewohnerInnen.....	3
Antwort der Regierung.....	3
Erneuter Zwischenfall bei AVANSCO.....	4
Neue Energiepolitik in fünf Punkten.....	4
Die Gefängnisse in Händen der Mafias.....	5

Kommentar Magalí Rey Rosa

Guatemala, 1. März (Prensa Libre) Man muss schon tief wühlen, bis man auch nur ein kleines Stäubchen Gold finden kann oder andere, ebenfalls kaum sichtbare wie Quecksilber, Arsen, Silber, Eisen oder Kupfer. Wenn sie es für notwendig hielten, würden diese transnationalen Konzerne die Berge in Stücke sprengen. Um auch nur etwas für den Weltmarkt wertvolles herauszuholen, würden diese Leute aus den Bergen eine Abfallhalde machen – tausende Tonnen von kleinen Stückchen Quecksilber, Kupfer, Selen oder Arsen, die sie an der Seite von Gold und Silber in den Steinen finden, die sie heraus sprengen. Und ungeachtet der Gefahren der Kontamination und der Schäden für die Gesundheit, die zurückbleiben aufgrund der toxischen Materialien der Metalindustrie, etwa Zynkali.

Sie, liebe LeserInnen, was würden sie eigentlich machen, wenn solches in ihrem Stadtteil passieren würde? Würden sie das zulassen? Würden sie die irreversiblen Schäden, die die Goldsuche mit sich bringt, rechtfertigen mit den wirtschaftlichen Wohlstand, den die Leute am Ort erhalten? Weil es ja logisch ist, dass der Nation – nach den gesetzlichen Bestimmungen - nicht mehr Gewinn bleibt als vielleicht 1 % der Einnahmen, wo doch niemand die Verluste kalkuliert hat. Für die Leute in der Region sind diese wirtschaftlichen Gewinne keine akzeptable Rechtfertigung, weil für sie damit etwas in Gefahr gerät, ihr Wasser, unser Wasser.

Der grösste Schrecken, den die Suche nach Metallen verursacht, ist der extensive Verbrauch von Wasser, und dieser Schrecken ist tatsächlich gerechtfertigt. Für jene, die in dem trockenen Korridor wohnen, denen geben sie keine Zeit, um an der Chemie krank zu werden, weil sie vorher schon an Hunger und Durst gestorben sein werden. Ja, sie haben eine grosse Trockenheit für dieses Jahr vorausgesagt. Der Klimawandel ist die grösste Krise in unserer Epoche und die Lebensbedingungen sind schon jetzt viel zu hart für jene, deren Überleben von den Ernten abhängt, also für die Mehrheit der GuatemaltekinInnen. Das müssen die Abgeordneten, Richter, Unternehmen und Präsidenten verstehen lernen, jene die über die Minen entscheiden müssen. Welchen Gefahren setzen sie das Leben der anderen aus, um irgendwelche Metalle zu schürfen, die nicht notwendig zum Leben sind. Wenn wir die Korruption berücksichtigen, den Zynismus, den Mangel an Moral und die Habsucht, die bei den Herrschenden anzutreffen ist, verfinstert sich die Sicht. Hallo, Kongressabgeordnete, VerfassungsrichterInnen, Bergbauminister aufwachen!

Aus diesem Grunde ist der Widerstand gegen die Metallminen heroisch und verdient jede Unterstützung. In La Puya werden sie diesen Sonntag (3.3.) ein Jahr friedlichen Widerstands feiern. Nähern Sie sich ihnen, entdecken sie sie, begleiten sie ihre friedliche Kraft, ihr Leben zu verteidigen: Am Kilometer 17 der Ruta al Atlántico, Abfahrt nach San José del Golfo, am Weg zum Friedhof.

Dezember 2012: PBI zeigt Präsenz in La Puya

Guatemala, Dez. 2012 (Monatliches Informationspaket über Guatemala, Nummer 111, S. 8)

Im Dezember haben wir eine dauerhafte Begeleitung des friedlichen Widerstandes in La Puya begonnen, da sich der Konflikt im November verschärft hatte und am Freitag, den 7. Dezember einen Versuch einer Räumung der BlockiererInnen. Dieser Versuch wurde mit Hilfe von Anti-Terror-Einheiten der Nationen Zivilen Polizei und der Verwendung von Tränengas ausgeführt. An diesem Tag wurden drei Personen durch das Gas verletzt und vier Personen verhaftet, aber die Blockade wurde nicht beendet. Während des Räumungsversuchs waren der stellvertretende Innenminister, RepräsentantInnen des Büros des Menschenrechtsombudsmanns (PDH), die Menschenrechtskommission des Präsidenten (COPREDEH), das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte der UN und VertreterInnen von Madre Selva, der Einheit zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala (UDEFEGUA) und anderer sozialen Bewegungen und der Medien anwesend. Nach einigen Stunden voller Spannungen wurde entschieden, die verhafteten Personen freizulassen und 15 PolizistInnen am Eingang zur Mine abzustellen, um einen runden Tisch des Dialogs zu organisieren.

Vom 14. bis 19. Dezember halfen wir als internationale BegleiterInnen und BeobachterInnen bei der Überprüfung der Umsetzung der Schutzmassnahmen für Yolanda Oqueli, die COPREDEH versprochen hatte. Anwälte des Innenministeriums, der Nebenkläger der PDH, Funktionäre der COPREDEH und Mitglieder der PNC waren anwesend. Yolanda bezog sich in ihrer Eingabe auf den Räumungsversuch vom 7. Dezember, in der sie sieben Stunden lang ohne jeglichen Schutz stand, da der Einsatzleiter der Person, die sie bewachte, nicht erlaubte, an den Ort zu gehen.

Am 20. Dezember beobachteten wir das erste Treffen des Runden Tisches in San José del Golfo, das vom Nationalen System für Ständigen Dialog (SNDP) einberufen wurde und unter ihrem Vorsitz stand. Neben dem Direktorder SNDP, Miguel Ángel Balcárcel war auch der Menschenrechtsombudsmann, Jorge de León Duque. Präsent.

(Von Ergebnissen des Dialogs ist in dem Bericht nicht die Rede, Red.).

Umweltgutachten bestätigt die Befürchtungen der BewohnerInnen

Washington, 20. Feb. (Guatemalan Human Rights Commission USA)

Wir haben schon einiges gehört über den anhaltenden Widerstand gegen die Goldmine in San José del Golfo und San Pedro Ayampuc. Seit jetzt einen Jahr haben viele Familien – unter hohen persönlichen Kosten – die Strasse zur Mine blockiert und so verhindert, dass die Minenangestellten mit schweren Maschinen das Gebiet betreten können. Ihre Angst, das diese Mine ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen gefährden wird und ihre knappen Wasserreservoirs vergiften könnten, wurde nun von einem US-amerikanischen Ingenieur und Bergbauexperten bestätigt. Rob Robinson hat den 900-seitigen Umweltverträglichkeitsstudie (EIA) der Mine El Tambor analysiert und ist Mitte Februar nach Guatemala gereist, um seine Ergebnisse der guatemaltekischen Regierung, den Medien und den betroffenen Gemeinden vorzustellen.

„Die Ergebnisse fallen so schlecht aus, dass sie uns nicht helfen werden negative Effekte der Minen zu verhindern“, erklärte Robinson. „Es spricht daraus keinerlei Vertrauen, dass die Minengesellschaft die Umwelt oder die Gesundheit der BewohnerInnen schützen wird.“

EXIMINGUA, die Tochtergesellschaft der US-Minengesellschaft, Kappes, Cassidy & Associates, präsentierte im Jahre 2010 ihre Umweltverträglichkeitsstudie der guatemaltekischen Regierung – als eine Voraussetzung dafür, dass diese ihnen eine Lizenz erteilen würde. Rob Robinson und ein Team von Ingenieuren haben sechs Monate lang die EIA eingehend geprüft, bevor es nun sein vernichtendes Urteil sprachen.

Am Nachmittag des 13. Februar 2013 versammelten sich hunderte Männer, Frauen und Kinder im Dorfzentrum, um die Ausführungen von Herrn Robinson über die Risiken des Minenprojektes zu hören. „Sie sagen, das sei eine kleine Mine. Aber die Grösse der Mine sagt nichts über die mögliche Schadensmenge aus. Manchmal haben die kleinsten Minen die grössten Schäden verursacht“, sagte Robinson. In der Umweltverträglichkeitsstudie gebe es nur wenig Substantielles über die Auswirkungen des Abbaus. Die grösste Sorge, die in der Studie nicht erwähnt wird, ist die Menge an Arsen, die infolge der Bergbauaktivitäten in die Umwelt gelangen würde. „Es gibt schon jetzt grosse Sorge über die Mengen an Arsen, die natürlich in dem Wasserreservoir vorhanden ist“, sagt Robinson. „Die Minenaktivitäten werden eine grosse Menge an Felssteinen zerstören und neue Minerale an die Umwelt abgeben. Sogar der Staub, der durch die Arbeiten aufgewirbelt wird, kann Arsen enthalten. Die Umweltverträglichkeitsstudie sagt nichts dazu.“

Mit einer Stimme, die ungläubiges Staunen verrät, fügt er hinzu: „Die Mehrzahl der Karten, Pläne und technischen Zeichnungen sind komplett unleserlich.“

Schliesslich gibt es in der Studie keinerlei Überlegungen zu Alternativen zur Minenaktivität. „Was hier fehlt ist die Alternative „Keine Aktivitäten“ in dem Gebiet. Du musst doch die Vorteile der Mine – Arbeitsplätze und Steuereinnahmen – mit den sozio-ökonomischen und Umweltkosten vergleichen.“ Wenn die Drainage sauer sei, dann sei die Wirkung ewiglich.

Gegen Abend schloss Robinson seine Ausführungen mit den Worten: „Meine Empfehlung wäre, dass die Regierung die Lizenz zurückzieht, mindestens solange es keine bessere Umweltverträglichkeitsstudie gibt.“

Die Gemeindeführerin, Yolanda Oquelí fasste die Veranstaltung mit den Worten zusammen, dass damit die Ablehnung der Gemeinde bestätigt worden sei - und der friedliche Kampf weitergehe.

In der guatemaltekischen Presse werden weitere Aussagen von Robinson zitiert. So offenbarten die Autoren der Umweltverträglichkeitsstudie einen offenkundigen Mangel an professionellem Wissen. Es sei zudem völlig unklar, ob das Mutterunternehmen von EXMINGUA, die KCA mit Sitz in Reno, Nevada/USA eine finanzielle Zusage für die Entschädigung für Umweltschäden nach Beendigung der Minenaktivitäten gemacht habe oder nicht.

Antwort der Regierung

Guatemala, 27. Feb (CEG – Semanal)

Die Regierung Guatemalas hat die Umweltverträglichkeitsstudie bezüglich des Minenprojektes „Progreso VII Derivada“, besser bekannt als El Tambor angenommen. Die Studie sei nicht als Gesamtpaket, sondern in mehreren Einzelteilen mit zeitlichem Abstand dem Ministerium zugeleitet worden. Statt ein klares Ja oder Nein auszusprechen – beklagt Julio González von Madre Selva - seien 30 bis 40 Empfehlungen in jedem dieser Teile ausgesprochen worden. Das Umweltministerium hat freilich nichts gegen diese Art der gestückelten Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Nun dürften in einer öffentlichen Anhörung die Bevölkerung – innerhalb von 30 Tagen – ihre Anmerkungen zu dem 900-Seiten starken Werk machen, wenn sie das nicht tue, dann bliebe der Anerkennung der Studie durch die Regierung erhalten. Ein Verfahren, das nach Ansicht von González der guatemaltekischen Verfassung widerspricht, da diese Zustimmung rechtlich als ein Kabinettsbeschluss daherkomme, welche jedoch Angelegenheiten über das Gemeinwohl nicht entscheiden dürfte. Interministerielles Abkommen

Jedenfalls hat – laut der Guatemala-Menschenrechtskommission USA – die KCA inzwischen zwölf Lizenzen, die für eine Fläche von 20 Quadratkilometern gilt. Sie will an drei Standorten 150 Tonnen Material pro Tag umpflügen – sowohl im Tagebau wie in Tunnelbauten.

Selvin Morales, der ehemalige Minendirektor der Regierung, der die Lizenz vergab, ist nun, nachdem er 2010 die Regierung verlassen hatte, Manager von EXMINGUA. Auch von dem ehemaligen hochrangigen Mitarbeiter des Umweltministeriums, Milton Saravia, vermeldet Madre-Selva-Aktivist, Julio González, eine ähnliche Karriere.

Das ist aber sicher nur ein merkwürdiger Zufall und hat nichts mit dem zu tun, was Magalí Rey Rosa in ihrer Kolumne als „Korruption, Zynismus und Mangel an Moral“ gezeißelt hat.

Trotz der Unzulänglichkeiten der EIA haben die Ministerien für Umwelt bzw. Bergbau also grünes Licht für das Projekt gegeben, womit der Kongress am Zuge ist, um diese Haltung in Frage zu stellen, und das Volk, um diese Art der Exekutivmacht zurückzuweisen. Die Leute von La Puya sind bereit. [SB]

Erneuter Zwischenfall bei AVANSCO

Guatemala, 18. Feb. Einen Monat nachdem in das Büro der Vereinigung für den Fortschritt der Sozialwissenschaften in Guatemala (AVANSCO) (siehe **¡Fijáte!526**) eingebrochen wurde, versuchten unbekannte Personen am Morgen des 17. Februars erneut in das Lokal einzudringen. AVANSCO interpretiert diesen Zwischenfall als einen weiteren Versuch der Einschüchterung und rufen die zuständigen staatlichen Stellen, insbesondere die Staatsanwaltschaft, dazu auf, Ermittlungen durchzuführen. AVANSCO, gegründet 1986, ist ein Zentrum für Sozialstudien, das Forschungen über die Bergbauindustrie und über die Vergangenheitsbewältigung anstellt.

Die Organisation ist ebenfalls Mitglied der Plataforma Agraria, die auch das Gesetz über Integrale Ländliche Entwicklung (Gesetzesinitiative 4084) unterstützt, eine Gesetzesinitiative, die vom einflussreichen Handels- und Wirtschaftssektor stark kritisiert wird. In Zusammenhang mit ihrer Unterstützung der Gesetzesinitiative 4084 wurde AVANSCO, so wie andere Organisationen, öffentlich herabgewürdigt und des Terrorismus beschuldigt. Eine nicht neue Situation, denn schon zwischen den Jahren 2000 und 2002 wurde AVANSCO Opfer von einer Reihe von Bedrohungen und Einbrüchen als Konsequenz ihre Sozialforschungen.

Neue Energiepolitik in fünf Punkten

Guatemala, 27. Feb. Das Energie- und Bergbauministerium (MEM) gab kürzlich seine neue Energiepolitik bekannt und sammelte dafür auch prompt negative Kritiken. Diese kommen vor allen von Umweltschutzgruppen und Gemeinden, die als Grund für ihren Missmut angeben, dass sie in dem Vorschlag des Ministeriums nicht berücksichtigt wurden. Das Programm für eine neue Energiepolitik besteht aus fünf Punkten:

- Garantie der Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen
- Garantie der Brennstoffversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen
- Erforschung und Ausbeutung von Erdölvorkommen
- Sparsamkeit in der Nutzung von Energie
- Reduzierung der Energiequelle Holz

Es soll bis 2027 gültig sein. Die Regierung versichert, dass die Politik die Stabilisierung der Preise und den vollständige Anschluss des Landes an das elektrische Stromnetz zum Ziel hat. Der Unterschied zur vorherigen Politiken bestehe darin, dass Energiepolitik und Bergbaupolitik getrennt worden seien. Bisher steht als meist genutzte Energiequelle des Landes das Holz ganz vorne. 56% der Bevölkerung nutzt diesen Rohstoff, nur 9% haben elektrischen Strom. Und trotzdem ist die Elektrizität der Part der Wirtschaft, der dem Handel und der Industrie die grössten Gewinne bringt.

Nun möchte die Regierung bezüglich der Holznutzung einen Anreiz schaffen, der dazu führt, dass Energiesparöfen genutzt werden. Diese seien zudem für die Gesundheit verträglicher. Gleichzeitig soll Aufforstung dem Baumschlag entgegenwirken.

Kritik von Seiten der Zivilgesellschaft kam unter anderen vom Kollektiv Madre Selva. Laut der Umweltschutzorganisation käme diese Art von Politik wieder nur den Mächtigen zu Gute, schädige aber die Gemeinden. Die Regierung verlange zum Beispiel nicht von den Firmen, dass sie einen Teil des Gewinns zum Vorteil der Bevölkerung abtreten.

Das BäuerInnenkomitee CUC kritisierte, dass die „neue Politik darauf abzielt, mehr Wasserkraftwerke an internationale Firmen zu vergeben. Und das betrifft nun mal hauptsächlich die in der Nähe lebenden Gemeinden. In 68 Stadtgemeinden aber wurde in Volksabstimmung klar gegen diese Art von Wasserkraftwerken gestimmt.“ Eine andere Tatsache, die auf Unwillen stösst, ist die, dass die produzierte Energie billiger ins Ausland verkauft wird als in die lokalen Gemeinden, wo der Strom ursprünglich erzeugt wurde. Parallel zu dieser wirtschaftlichen Entwicklung hinterlassen die Firmen zerstörte Gebiete, Verschmutzung, geschädigte Flora und Fauna. Die ersten, die etwas von den Auswirkungen zu spüren bekommen, sind die dort lebenden Familien und BäuerInnen.

Der Direktor des Studienzentrums Guatemala (CEG), Sandino Asturias, sagte dazu, dass eine gute Energiepolitik fehle. Es sei gut von alternativen Energiequellen zu sprechen, um nicht nur vom Erdöl als einzige Energiequelle abhängig zu sein. „Aber wenn es die Gemeinden betrifft, müssen die Volksabstimmungen anerkannt werden“, so Asturias.

Laut Präsident Otto Pérez Molina soll die Politik vor allem dazu dienen, Investitionen anzulocken und alternative Energiequellen zu schaffen. Asturias hält dagegen, dass aber bestimmte Bedingungen herrschen müssen, damit Investoren kommen, wie zum Beispiel in puncto Sicherheit. Diese Bedingungen seien aber bisher nicht gewährleistet, „und die Regierung mache nichts, um sie zu schaffen“.

Das Molina allerdings schon auf der Suche nach ausländischen Investoren ist, konnten wir anhand seiner Europareise in den letzten Wochen nachvollziehen (siehe letzte **¡Fijáte!**-Ausgabe). So traf er sich mit UnternehmerInnen und PolitikerInnen in der Schweiz, in Spanien und im Vatikan. In Spanien warb er deutlich für Investitionen im Bereich Solar-, Wind- und Wasserkraft. Dabei gab die guatemalteckische Regierung ebenso deutlich zu verstehen, dass die Energie nicht nur für den eigenen Gebrauch „sondern zum Export bestimmt ist. Der Aufbau eines regionalen Strommarkt wird die grösstmögliche Menge an Investitionen im Energiesektor anlocken“, so Energie- und Bergbauminister Erick Archila. Das Ziel ist es, Guatemala zu dem Exporteur von Energie für Mittelamerika zu verwandeln – trotz der sozialen Spannungen, die der Bau von Wasserkraftwerken hervor ruft. (LH. PL)

Die Gefängnisse in Händen der Mafias

Guatemala, 19. Feb. Verschiedene Analysen, aber auch der stellvertretende Innenminister, Julio Rivera Clavería, kommen zu dem Schluss, dass sich die Gefängnisse Guatemalas in Händen der Mafias befinden, die vom Innern der Gefängnisse heraus handeln. Dies wurde (eneut) bekannt aufgrund des Skandals um Byron Limas Ausflüge aus dem Gefängnis Pavoncito.

„Pavoncito ist kein gutes Beispiel für ein Gefängnis, da es von der Mafia kontrolliert wird“, sagte Julio Rivera Clavería. Das Strafsystem „nützt überhaupt nichts, da dort schlimme Bedingungen herrschen, Straffreiheit und Korruption.“

Aber dies sei nichts neues, so Sandino Asturias vom Studienzentrum Guatemala CEG. „Das Strafsystem war schon immer das schwächste Glied im Bereich der öffentlichen Sicherheit gewesen und das Gefängnis der Ort, wo die Mafias am besten sich ausbreiten konnten.“ Es fehle an Rehabilitations- und Resozialisierungsprogrammen, gebe keine Unterscheidungen zwischen den Gefangenen, und die Korruption sei ein Folge von der Nichterfüllung des Gesetzes über den Strafvollzug. Vielmehr gebet es in den Gefängnissen Insassen verschiedener Klasse, einige mit grossen Privilegien und andere mit rein gar nichts.

GAM-Direktor Mario Polanco sagte, dass es am Willen der Regierung scheitere, die Gefängnisse zu kontrollieren. „Wenn sie wollten, könnten sie. Die Planung von Verbrechen, die Toten, die Gewalt in den Strassen, das alles dauert an, weil die Insassen der Gefängnisse nicht kontrolliert werden. Und das wiederum liegt an den Parallelmächten, die sich im Gefängnisystem verwurzelt haben.“

So tritt das „**Problem Gefängnis**“ immer wieder einmal ans Tageslicht. Erst am 19. November letzten Jahres gab der Aufstand im Fraijanes II-Gefängnis Grund zur Beunruhigung. Acht Geiseln wurden damals genommen und mit Ende des Aufstands blieb das Gefängnis so gut wie zerstört zurück. Während dieser Zeit wurde der Zugang der Kommunikationsmedien für einige Stunden unterbunden. Was aber nicht verhinderte, dass Familienangehörige der Insassen in das Gebiet vordrangen. Nun beunruhigt die Tatsache, dass Anführer verschiedener, sich befehlende Banden – Mara Slavatrucha, Mara 18 und die Gruppe Paisas – ins gleiche Gefängnis verlegt wurden. Gewaltausbrüche sind damit vorprogrammiert, so die Experten.

Wohl aus diesen Gründen wurde am 15. Februar ein Regierungsabkommen verabschiedet, welches einen Teil des Terrains der Finca Las Camelias zum strategischen Sicherheitsgebiet erklärt. Die Finca grenzt direkt an Fraijanes, wo fünf Gefängnisse stehen. Ziel ist es, die Verwahrung und die Sicherheit der Insassen zu erhalten, zum Schutze der Bevölkerung. Zu diesem Zweck soll besagtes Gebiet unter konstante Überwachung gestellt werden. Zur Zeit existieren drei Sicherheitsringe um die fünf Gefängnisse von Fraijanes: Polizei, Armee, Strafanstaltswächter. Die letzteren überwachen die Ein- und Ausgänge der Gefängnisse. Der Sprecher der Strafanstalten erklärte, dass das Abkommen

mehrere Themen anspreche und über das der drei Sicherheitsringe hinaus ginge. Die Regierung priorisiere eine allgemeine Reform des Strafvollzugssystem. „Es muss gestärkt werden: in ihrer funktionellen Struktur, also in der Technik und bei den Mitarbeitern; und auf juristischem Niveau, um genau zu begrenzen, wo das Gefängnisgebiet anfängt und somit eine hohe Sicherheitsstufe auf nationalen Niveau herrscht“, so der Sprecher.

Was den **neuerlichen Skandal** betrifft, so wurde bekannt, dass der 2001 für den Mord an Bischof Juan José Gerardi zu 20 Jahren Haft verurteilte Byron Lima das Gefängnis verlassen hatte, angeblich um zum Zahnarzt zu gehen. Er wurde deshalb wegen Fluchtversuch und illegalen Waffenbesitzes angeklagt, was aber auf die Anklage wegen Verschleierung vermindert wurde. Die Anklage wegen Fluchtversuch wurde fallen gelassen, da deutlich wurde, dass es sich um einen seiner „normalen Ausgänge“ handelte. Gleichzeitig zeigt dieser Skandal auf, wie es um die Bewachung und Kontrolle der Insassen bestellt ist. Denn Lima führte auch Waffen mit sich, die wohl mit ins Gefängnis gehen sollten. Diese fanden zumindest die Polizisten, als sie kurz vor dem Gefängnis die zwei Autos anhielten – in denen ausser Lima der Direktor der Verwaltung der Strafvollzugsanstalt und weitere Mitarbeiter sassen.

Der Zahnarztbesuch selbst geschah jedoch auch nicht nach Vorschrift. Laut Regelung sind die Erlaubnis des zuständigen Richters, der Staatsanwaltschaft und des Arztes notwendig, um aus medizinischen Gründen Ausgang zu erhalten. Keine dieser Bedingungen wurde erfüllt, der Direktor stellte die Autorisierung aus. Jetzt ist er allerdings nicht mehr Direktor. Weiterhin war die Ausgangserlaubnis von 8 bis 14 Uhr begrenzt, Lima wurde aber am morgen des Folgetages aufgegriffen.

Byron Lima...

ist allerdings einer der mächtigsten Insassen Guatemalas, die zu keiner Mafia gehören. Es scheint auch, dass er viele Privilegien genießt, die ihm unter andern erlauben, diskret das Gefängnis zu verlassen. Die Gerüchte über die Macht von Lima und seine Verbindungen zu kriminellen Machenschaften innerhalb des Gefängnis sind nicht neu. Die Staatsanwaltschaft hat schon Ermittlungen in mehreren Fällen gegen ihn eröffnet. Diese gehen von Drogenhandel bis Bedrohungen. Bis jetzt fehlen ihnen aber Beweise.

Innenminister López Bonilla wusste von alldem leider nichts. Es geschah ja alles hinter seinem Rücken. Vielmehr sei die Festnahme ein Resultat von Ermittlungen, die die fehlende Kontrolle der Gefängnisse und Limas Macht aufzeigten. Nun soll er von Pavoncito verlegt werden, um seine Macht zu brechen (die Macht, das Gefängnis zu verlassen, Waffen einzuführen, Fahrzeuge zu organisieren, etc.). Auch die mehr als 50 Anzeigen gegen Lima von Insassen bezeugen Limas Position und Verbindungen. Kein Einziger hat letztendlich ausgesagt, alle haben Angst vor den Folgen. Lima ist der eigentliche Besitzer von Pavoncito, er kontrolliert die Insassen, die Wächter, die Verwaltung.

Vom dem nun abgesetzten Direktor Luis Alberto González wurde er erstaunlicherweise als ein Modellinsasse beschrieben, als einer, der seine Militärvergangenheit auf das Gefängnis übertrug und für Ordnung sorgte, Arbeitspläne aufstellte, die Wiedereingliederung von Insassen förderte. So ein Modellinsasse, dass er, nach Limas eigenen Erinnerungen, „mehr oder weniger 37 Mal das Gefängnis verliess“ und dass alle Anzeigen gegen ihn entweder keine Zeugen oder keine Beweise erbrachten. (CEG, www.plazapublica)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber:

Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V.

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Jahresabonnement 50.-€

Abo in der Schweiz:

Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6